



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede

des Abteilungsleiters

im Bundesministerium für Bildung und Forschung,

Dr. Karl-Eugen Huthmacher

anlässlich der

Jahrestagung des Deutschen Klima-Konsortium e. V. (DKK)

am

30. März 2017 in Berlin

Sperrfrist: Beginn der Rede.
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Professor Latif,
sehr geehrter Herr Professor Marotzke,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal möchte ich Ihnen sehr herzlich danken, dass Sie mich zu Ihrer heutigen Konferenz eingeladen haben, um einen Diskussionsbeitrag zum Thema „Politikberatung durch die Wissenschaft“ zu leisten. Lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen machen:

1. Wenn ich heute pauschal von der „Wissenschaft“ oder der „Politik“ spreche, dann ist uns allen sicherlich klar, dass es so etwas nicht gibt, sondern dass wir sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft auf eine sehr differenzierte Landschaft treffen, die sich eigentlich mit ihren sehr unterschiedlichen Ausprägungen nicht pauschalisieren lässt. Deshalb steht auch außer Frage, dass es in der Wissenschaft zwischen den unterschiedlichen Forschungs- und Wissenstypen von der Grundlagenforschung bis zur angewandten Forschung, gerade auch im Hinblick auf ihren Beitrag für die Politikberatung, zu differenzieren gilt. Andererseits lassen sich Bilder von Entwicklungslinien nur zeichnen, wenn man nicht allen Differenzierungen nachgibt, sondern versucht, Tendenzen aufzuzeigen.

Bitte verstehen Sie meine Bemerkungen in diesem Sinne. Manches von dem, was ich sagen werde, trifft in diesem Kreise möglicherweise auch die Falschen. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, erkennbare Phänomene zu diskutieren.

2. Es ist schon einige Zeit her, dass ich mit Herrn Prof. Marotzke bei einem Abendessen bei GEOMAR über das Verhältnis Wissenschaft und Politik diskutiert habe.

Und Sie, lieber Herr Marotzke, haben mich damals gefragt, ob ich auf Ihrer nächsten Konferenz dazu einige Ausführungen mache. Damals war die politische Landkarte noch eine völlig andere und es schien so, dass wir weltweit zwar langsam, aber insgesamt doch auf dem richtigen Pfad unterwegs schienen.

In der Zwischenzeit hat jemand verhältnismäßig intensiv am Rad der Weltgeschichte gedreht, und wir sind mit neuen Herausforderungen konfrontiert, auf die ich später noch zurückkommen werde.

Nach wie vor bin ich aber davon überzeugt, dass das, was wir damals diskutiert haben, auch heute noch gilt, allerdings unter verschärften Bedingungen.

Ich habe mir vorgenommen, Ihnen sieben Thesen zu präsentieren, die dann hoffentlich auch zur Diskussion anregen.

1. These:

Keine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen, von der Wohlstandsentwicklung, der Armutsbekämpfung, der Migration, der Globalisierung und Mobilität, aber natürlich auch ganz besonders den Klima- und Energiefragen, werden wir lösen können, ohne intensivste wissenschaftliche Unterstützung.

Die Energiewende und der Klimaschutz wären nicht annähernd in den Griff zu bekommen sein, wenn es uns nicht gelingt, - stoffliche - CO₂ Umwandlungsstrategien und Vermeidungsstrategien in der gesamten Breite unserer Wirtschaft zu verankern, und wir werden nicht darauf hoffen können, die Energieprobleme mit erneuerbaren Energien lösen zu können, wenn wir es nicht schaffen, die Speicherung elektrischer Energie im Vergleich zu heute auf ein völlig neues Niveau zu bringen.

Die Ernährung der Weltbevölkerung braucht eine Agrarwende, und für die Megacities dieser Welt bedarf es neuer Konzepte vom Wohnen über die Mobilität bis hin zur Abfallentsorgung.

Die Liste ließe sich unendlich fortschreiben. Unser Fokus im BMBF liegt insoweit auf drei Leitinitiativen: Energieforschung, Zukunftsstadt und nachhaltiges Wirtschaften, unter anderem vertieft um die Themen Mobilität, Agrarwende, Wärmewende und Rohstoffwende. Immer geht es um neue Ideen, die zu Innovationen werden, das heißt letztlich in marktfähige Geschäftsmodelle oder Politikinitiativen überführt werden müssen. Wir brauchen hierfür exzellente und unabhängige Wissenschaft. Wir sollten uns in der Politik nicht darauf verlassen, dass uns Consultants die notwendigen Lösungsansätze aufzeigen.

2. These:

Der Einfluss der Wissenschaft, relevante Beiträge zur Lösung dieser gesellschaftlichen Fragen zu liefern, scheint eher zu schwinden, als dass er wächst. Zumindest scheint er mir aber den Bedarfen entsprechend viel zu gering.

Das hat die verschiedensten Ursachen. Zum einen ist die Politik nicht besonders wissenschaftsaffin. Sie ist per se schon weniger fakten- und mehr von Verhandlungen und Kompromissen bis hin zu Emotionen getrieben. Entsprechende Auswüchse dazu scheinen sogar im Augenblick die Oberhand zu gewinnen.

Trump, Erdogan, Brexit und die Rechtspopulisten in Europa sind dafür Belege genug, die ich sicherlich in diesem Kreis nicht ausführen muss. Ja, in Zeiten, wo die Trennlinien zwischen wahr und falsch verschwinden und ein vernunftgeleiteter Diskurs von Wut, Empörung und allen Arten von Gefühlsausbrüchen verdrängt wird, hat es Wissenschaft besonders schwer.

Allerdings muss man auch kritisch hinterfragen, was tut eigentlich die Wissenschaft, um dagegen zu halten. Keine der großen Wissenschaftsorganisationen hat sich zu diesem Thema geäußert und Vorschläge für Gegenstrategien unterbreitet.

Wer, wenn nicht die Wissenschaft, wäre dazu berufen. Die Menschen bewegen sich zunehmend in Echokammern sozialer Medien und die Wissenschaft schweigt dazu. Möglicherweise, weil sie selbst zu sehr in vergleichbaren Strukturen von Fachcommunities und Disziplinen denkt bzw. gefangen ist. Man ist mit sich beschäftigt.

Der Vortrag von Herrn Strohschneider auf dem Neujahrsempfang der DFG¹ bildet eine gewisse Ausnahme, ohne allerdings dabei die Reichweite eines Salondiskurses zu überschreiten. Der für den 22. April 2017 in den USA geplante „March of Science“ ist vielleicht ein spätes Lebenszeichen.

3. These:

Arbeitsweise, Zeitbedarf und Sprache der Wissenschaft passen zu oft noch nicht zu den gesellschaftlichen und politischen Bedarfen. Die Wissenschaft ist

1

http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2017/170116_rede_strohschneider_neujahrsempfang_de.pdf

aber auch zu wenig in gesellschaftlichen Debatten verortet, viele in der Wissenschaft wissen nicht, wie die Gesellschaft tickt.

Nur wer mitten im Diskurs steckt, entwickelt auch Verantwortung, - und daran mangelt es. Um das zu ändern, braucht es neben Geld und guten Köpfen, neue Formate in der Wissenschaft für eine bessere Vernetzung mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Wir brauchen mehr interdisziplinäre und transdisziplinäre Forschung. Wissenschaft, wie sie heute vielfach betrieben wird, ist viel zu wenig relevant. Und dort, wo sie relevant wird, ist sie überwiegend technologielastrisch mit der Gefahr neuer, nicht ausreichend reflektierter Pfadabhängigkeiten. Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft ist keine der Forschung nachgelagerte Aufgabe. Er muss Teil der Ideen- und Lösungssuche sein.

In diesem Kreise fällt es mir nicht schwer, die Klimaforschung als lobendes Gegenbeispiel herauszustellen. Wir haben uns immer wieder gefragt, warum es in der Klimaforschung gelungen ist, politisch so relevant zu werden, dass das Pariser Weltklimaabkommen verabschiedet werden konnte, während zum Beispiel bei der Migrationsforschung die Bücherregale und Computer ebenfalls voll sind, ohne dass diese Erkenntnisse auch nur annähernd Eingang in politische Diskurse gefunden hätten.

Es ist das große Verdienst der internationalen Klimaforschung, aber ganz besonders auch der deutschen Klimaforscherinnen und -forscher, dass Sie sich auf den IPCC-Prozesse eingelassen haben und damit genau das ermöglicht haben, was wir nach meiner festen Überzeugung in allen Politikfeldern dringend brauchen - einen viel stärkeren Austausch zwischen wissenschaftlicher Erkenntnissuche und politischer Entscheidungsfindung.

4. These:

Die klassischen Formen der Politikberatung sind an ihre Grenzen gekommen. Ich karriere gerne das klassische Modell damit, dass eine Wissenschaftlerkommission ihr mehrere hundert Seiten umfassendes Gutachten der Bundeskanzlerin, einer Ministerin oder einem Minister vor einer Schar von Pressefotografen übergibt, es davor oder danach bei einem Süppchen ein halbstündiges Gespräch gibt und das Gutachten anschließend in einem Regal bei einem der Referenten im Ministerium verschwindet.

In den seltensten Fällen werden die Gutachten so ausgewertet, dass sie für politische Prozesse relevant werden. Sie werden oft nicht mehr gelesen, weil die Aufnahmekapazitäten im politischen Prozess erschöpft sind und

gleichzeitig antizipiert wird, dass ein Gegengutachten schon in Arbeit ist. Von dieser Art Beratungsgremien gibt es in der Bundesregierung heute mehr als fünfzig.

Die gesellschaftliche Einbettung und die Darstellung der Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit bedürfen einer Neustrukturierung.

In Teilen der Wissenschaft herrscht allerdings noch immer das Selbstverständnis, dass wissenschaftliche Ergebnisse vor allem dann exzellent sind, wenn sie unbehelligt von politischen oder gesellschaftlichen Prozessen entstehen. Nur dann sei, so die Behauptung, die wissenschaftliche Unabhängigkeit hinreichend gesichert. Wenn dies mit „Recht der Wissenschaft auf Distanz“ gemeint ist - ich zitiere Prof. Strohschneider –, dann widerspreche ich. Denn dem liegt ein grundlegendes Missverständnis zugrunde. Es wird dabei nicht zwischen Einflussnahme oder Steuerung und einem offenen Diskurs innerhalb von Politikprozessen unterschieden.

In diversen Beratungsgremien mussten wir zum Beispiel intervenieren, um sicherzustellen, dass diese Gremien sich vor Erstellung ihres Gutachtens mit betroffenen Kreisen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft auseinandersetzen. Das Verdienst des IPCC-Prozesses ist es, diesen Diskurs institutionalisiert zu haben.

Es muss längst nicht alles nach diesem Modell laufen. Wichtig ist aber die Durchdringung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht-wissenschaftlich generiertem Wissen. Das kann über Agendaprozesse, Plattformen, Cluster, Reallabore oder sonstige Formen transdisziplinäre Vernetzungen geschehen. Dahinter verbirgt sich ein neues Transferverständnis: Wissenschaft als fester Bestandteil der Lösungssuche.

Entscheidend dabei ist aber, dass es in diesen Konstruktionen nicht zu einer Rollenvermischung kommt. Wir brauchen auf der einen Seite gerade die Unabhängigkeit und Exzellenz der Wissenschaft und auf der anderen Seite die Entscheidungsverantwortung der Politik.

Deshalb unterstützen wir so nachdrücklich das Optionenmodell, das besagt, dass wissenschaftliche Politikberatung im Wesentlichen aus Vorschlägen besteht, die der Politik unterschiedliche Entscheidungsoptionen präsentiert.

Wir sind davon überzeugt, dass einseitige Handlungsempfehlungen im klassischen Sinne in den seltensten Fällen nützlich sein können, weil sie in besonderem Maße der Gefahr unterliegen, dass sich politische und subjektive

Werthaltungen von einzelnen Wissenschaftlern in diesen Empfehlungen widerspiegeln.

Ich will einer wertfreien Wissenschaft dabei nicht das Wort reden, weil ich nicht glaube, dass es sie wirklich gibt. Auch in der Wissenschaft gehören Fakten und Werte zusammen. Das Optionenmodell ermöglicht aber am besten diese Zusammenhänge sichtbar zu machen und zwingt gleichzeitig die Politik dazu, eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Sie kann sich dann auch nicht hinter Voten der Wissenschaft verstecken. Das Modell sichert Qualität und Transparenz gleichermaßen.

Vor diesem Hintergrund haben wir im BMBF das Forschungsforum Energiewende, das Forum Zukunftsstadt und die Wissenschaftsplattform SDG ins Leben gerufen. Aktuell sind wir dabei, eine neue Wissenschaftsplattform zum Klimaschutzplan zu konzipieren.

Gemeinsam ist diesen Plattformen die umfassende Einbeziehung von Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik/ Verwaltung. Gemeinsames Verständnis ist dabei aber auch, dass das, was dabei an Ergebnissen und Papieren entsteht, von der Wissenschaft unabhängig erarbeitet wird und damit am Ende auch ausschließlich von der Wissenschaft zu verantworten ist.

Dahinter verbirgt sich ein Politikverständnis, dass sich Politik viel stärker als in der Vergangenheit über Prozesse, an denen Wissenschaft von Beginn an beteiligt ist, weiterentwickeln muss. Die gerne auch von der Presse immer wieder geforderten ad hoc-Politikentscheidungen müssen so weit wie möglich zurückgedrängt werden.

5. These:

Die Wissenschafts- und Forschungspolitik - und damit das BMBF - hat in diesem Kontext die Aufgabe, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen zu bringen, um in dieser Verbindung neue Innovationen zu generieren. Unsere großen Forschungsprojekte der Energiewende, die Kopernikus-Projekte und z.B. das Projekt Carbon2Chem (Umwandlung von Hüttengasen in chemische Produkte) arbeiten in der Verantwortung großer Konsortien nach diesem Muster.

Gemeinsames Ziel von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik muss es sein, Vertrauen in wissenschaftliche Prozesse zurück zu gewinnen. Das gelingt nur durch eine stärkere Vermittlung und Reduzierung von Komplexität und die Abbildung von Alltagswirklichkeit.

6. These:

All das, was ich hier beschrieben habe, hat auch sehr viel mit Kommunikation zu tun, ohne dass ich darauf explizit eingegangen bin.

Mittlerweise hat sich innerhalb der Wissenschaft zwar das Verständnis durchgesetzt, dass es neuer Formen der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wirtschaft und Zivilgesellschaft bedarf.

Ich will ausdrücklich hervorheben, dass Vorreiter auf diesem Gebiet die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Klimaforschung, aber auch der Meeresforschung sind. Dafür sind wir außerordentlich dankbar und wir sind überzeugt, dass noch viele von Ihnen lernen könnten.

Gute Kommunikation gelingt aber nur dann, wenn sie Teil eines Gesamtprozesses ist und nicht nur als Zusatzaufgabe verstanden wird, die an den wissenschaftlichen Prozess angehängt wird.

7. These:

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung zu einem Thema, das auch die Wissenschaft jetzt zunehmend beherrscht. Das sind die Digitalisierung und das Thema „Big Data“.

Das Thema wäre es sicherlich wert, in einer eigenen Konferenz noch einmal aufgearbeitet zu werden. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, auch die Schnittlinie zum Thema Politikberatung und Kommunikation zu sehen.

Die Informationsflut einerseits und die beschränkten Möglichkeiten zur Informationsverarbeitung bei uns Menschen andererseits, müssen dringend in den Blick genommen werden. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Thema an den Grundfesten wissenschaftlicher Forschungs- und Veröffentlichungspraxis rührt.

Schon jetzt stoßen wir sogar innerhalb einzelner Wissenschaftsdisziplinen an Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Verarbeitung. Gleichzeitig wächst der Druck zur Veröffentlichung gerade auf junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen immer stärker.

Die schiere Menge von Veröffentlichungen wird zu einem kaum handhabbaren Problem. Das gilt im Übrigen auch für die weitere Arbeit des IPCC.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unter den verschiedenen Aspekten, die ich hier vorgetragen habe, eine intensive Diskussion darüber starten müssen, wie sich Wissenschaft künftig aufstellt, welche Leistungen aus der Wissenschaft wie belohnt werden und wie wir damit zu einem Modell kommen, bei dem Wissenschaft ihre eigentliche Rolle und Verantwortung besser wahrnimmt als gegenwärtig: Erkenntnisfortschritt zum Wohle der Menschen und unseres Planeten relevant werden zu lassen. Die Betonung liegt auf dem Wort „relevant“.

Mit ist sehr bewusst, dass Relevanz vor allem bei den Grundlagenwissenschaftlern im Sinne von Anwendungsorientierung missverstanden werden könnte. Es geht aber um etwas anderes. Es geht um die Fähigkeit, Wissenschaft so aufzubereiten, dass sie für Dritte anschlussfähig ist, entweder innerhalb des Wissenschaftsprozesses oder für einen gesellschaftlichen Verwertungsprozess. Relevanz wird vom Empfängerhorizont her bestimmt. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass Wissenschaft heute unablässig mit Informationsüberflutungen aus der digitalen Welt konkurriert, für die es keine Qualitätschecks mehr gibt.

Politik und Gesellschaftsberatung gehören zum Kerngeschäft der Wissenschaft und müssen hochprofessionellen Ansprüchen genügen und deshalb - wie Herr Prof. Edenhofer zu Recht formuliert hat -, von der Vorstellung Abschied nehmen, es handele sich um eine „Feierabendbeschäftigung für hoch reputierte Wissenschaftler“.